

## Die Neigung zur Widersetzlichkeit

Über einige Aspekte der „Socialen“ Revolution von 1848 in Graz

Von Gerhard Pfeisinger

*„Die Forderung einer Arbeitsleistung oft durch mehr als 12 Stunden des Tages, wobei kaum zum Schläfe die nöthige Zeit erübrigt werden und von einer Pflege des eigentlich Menschlichen im Arbeiter gar keine Rede sein kann, ist eine Ausbeutung Anderer zu eigenem Vorteil, die an Sklaverei grenzt und folglich ungerecht. Man sage nicht dagegen, daß sie der Arbeiter freiwillig durch Vertrag übernehme; denn dieser Vertrag ist ein erzwungener, erzwungen durch Noth und Hunger.“*  
(Grazter Zeitung vom 10. 4. 1848)

Daß es sich im vormärzlichen Graz gut und angenehm leben ließ, gehört bereits zu den bekannten Topoi der regionalen Geschichtsschreibung. Die Stadt stand im Ruf „großer Wohlfeilheit“ und bot sich als Rückzugsort für Pensionäre aus höheren Kreisen, die ihren Lebensabend standesgemäß und preiswert genießen wollten, an. Die Beschaulichkeit der Provinzhauptstadt wurde kaum durch soziale Spannungen gestört, lediglich die Einführung der Verzehrersteuer 1829 und die exorbitante Steigerung der Mietkosten wurden als Belastung für die städtischen Mittel- und Unterschichten angeführt. Die Wirtschaftsstruktur der Stadt war vor allem vom Handwerk und kleineren Betrieben im Bereich der Papier- und Ledererzeugung bestimmt. Noch 1853 beschäftigten etwa 2.500 Betriebe nur eine oder mehrere Personen, rund 20 Betriebe mehr als 20 Personen und nur zwei Fabriken hatten mehr als 150 Arbeiter. Erst der Bau und schließlich die Fertigstellung der Südbahnstrecke zwischen Mürzzuschlag und Graz 1844 brachte einen kräftigen wirtschaftlichen Impuls, der vor allem für die metallverarbeitende Industrie und den Handel nachhaltige Wirkung zeigte. Die Murvorstadt - wie auch andere ärmere Wohnviertel - rückte als Verbindung zum Bahnhof durch die Franz-Carl-Brücke (1845) und die neugebaute Annenstraße (1847) näher zur Stadt. Dadurch und insbesondere durch die allgemeine Verschlechterung der Lebensverhältnisse am Vorabend der Revolution stieg auch die Aufmerksamkeit gegenüber den unteren Schichten der städtischen Bevölkerung. Die Klagen der Arbeiter, kleinen Gewerbetreibenden und kleinen Beamten über die unaufhaltsame Teuerung der Lebensmittel und des Holzes, die unerschwinglichen Mieten und über den als übermächtig empfundenen Steuerdruck sollten bis zum Ausbruch der Revolution nicht mehr abreißen.

Die Mißernten des Jahres 1846 bewirkten im gesamten Gebiet der Habsburgermonarchie enorme Preissteigerungen bei allen Grundnahrungsmitteln und verschlechterten die wirtschaftliche Lage so sehr, daß man bereits zu Beginn des Jahres 1847 von einer Hungerkrise sprechen kann.<sup>1</sup> Auch in Graz stiegen die Preise innerhalb eines Jahres für diverse Getreidesorten um mehr als 100 % und für Kartoffel um mehr als 120 %! Die Preissteigerungen gerade bei diesen Gütern galten als „Gradmesser der menschlichen Geduld“. Um die Bevölkerung vor übermäßigen Preissteigerungen bei Grundnahrungs-

<sup>1</sup> Vgl. dazu Ernst Violand, Die sociale Geschichte der Revolution in Österreich. Leipzig 1850; Wolfgang Häusler, Von der Massenarmut zur Arbeiterbewegung. Demokratie und soziale Frage in der Wiener Revolution von 1848. Wien - München 1979.

mitteln zu schützen, wurde im Jahre 1800 die amtliche Preisregulierung durch Satzungen eingeführt. Bei Brot wurde ein bestimmter Betrag festgesetzt, lediglich das Gewicht der ausgebackenen Sorten durfte variieren. Das Gewicht wurde monatlich bekanntgegeben und mußte in den Läden angeschlagen sein. Es richtete sich nach dem vom Magistrat errechneten Durchschnittspreis des im Vormonat gekauften Metzen Getreides und den Vorräten der Bäcker. Gegen Ende des Jahres 1847 sank das Gewicht des Brotes auf den niedrigsten Wert seit der Einführung der Satzungen, eine Semmel „verlor“ nunmehr die Hälfte des Gewichts der Vorjahre.<sup>2</sup>

In dieser ohnehin schon prekären Situation verdichtete sich die Annahme, daß die Teuerung nicht allein auf die Mißernten zurückzuführen wäre, sondern daß durch bewußtes Fernhalten vom Markt der Preis des Getreides hoch gehalten würde. Zudem empörte sich die Bevölkerung darüber, daß nach wie vor Getreide exportiert wurde. Erst ein „partielles Ausfuhrverbot“ im Mai 1847 konnte den Unmut über die „Machenschaften“ der Getreidehändler besänftigen.

Der Unmut über die Bäcker, die zur Erhaltung des vorgeschriebenen Gewichts dazu übergingen, das Brot mit Rüben, Eicheln, Raps, Stroh oder Holzfasern zu versetzen, blieb bestehen. Dem Magistrat wurde immer wieder vorgeworfen, zwar die Einhebung der verhaßten Verzehrungssteuer zu exekutieren, seiner Preisregulierungspflicht jedoch nicht nachzukommen.

Dennoch ist es auch in der Zeit der größten Belastung in Graz vor dem Jahr 1848, anders als etwa in Wien oder Prag, nicht zu Plünderungen von Geschäften oder zu gewalttätigen Kundgebungen gegen die Bäcker oder die Obrigkeit gekommen. Die sozialen Spannungen mußten aber mehr als spürbar gewesen sein und leiteten wohl aus Angst vor Unruhen gewisse Maßnahmen zur Erleichterung der Versorgungslage ein: Der Magistrat ist im Winter 1847 mit der Bitte an die Bäcker herangetreten, das Brot über die Satzungen auszubacken. Diese lehnten vorerst ab, erst als von den anhaltenden Teuerungskrawallen in Deutschland die Rede war, verzichteten sie auf die günstigen Satzungen mit der Begründung, daß „bei der jetzigen ungewöhnlichen Theuerung der Lebensverhältnisse besondere Vorsichten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe“ angebracht wären.<sup>3</sup>

Für den Magistrat aber sollte die selbst auferlegte Zurückhaltung nicht gelten: Ausgerechnet am Höhepunkt der Teuerung erließ er am 1. Februar 1848 eine Verordnung, die die Einführung einer neuen Gemeindeauflage, der Zinskreuzersteuer, brachte. Diese Maßnahme wurde mit dem hohen Budgetdefizit der Stadt begründet, das durch die gestiegenen Kosten für die Armenfürsorge entstanden wäre. Die Kritiker, die ihrem Ärger in zahlreichen Schmäh- und Drohbrieffen an verschiedene Stellen freien Lauf ließen, sahen darin einen „neuerlichen Beweis der Bevormundung und Beamtenallmacht“ und machten grobe Fehler bei der Aufstellung des städtischen Haushaltsplans und eine „Stadtverschönerungsmanie“ und nicht die Kosten für die Armenfürsorge für das Defizit verantwortlich.<sup>4</sup> Diese neuerliche Steuerbelastung löste, wie selbst in einem Polizeibericht nach Wien gemeldet wurde, große

Empörung aus. Als heftigste Form der „Widersetzlichkeit“ tauchten in der Stadt handgeschriebene Plakate auf, deren Text an Deutlichkeit nicht zu über treffen war:

*„Der schuft'ge Magistrat möcht' gern  
Den Grazer die Säckel kehren,  
Die Grazer werden sich aber befließen,  
Und werden dem Magistrat etwas schei...  
Versammelt euch mit Krampen und Hauen  
Und thuts den schult'gen Magistrat niederhauen.  
Die Grazer sind keine Narren,  
Das wird der schult'ge Magistrat schon erfahren,  
Sie sollen nur kommen mit der Exekution,  
Da wird entstehen eine Revolution.“<sup>5</sup>*

Der Magistrat blieb von den Protesten vorerst unbeeindruckt, es ist aber doch bemerkenswert, daß als eine der ersten Maßnahmen der Behörde in den Tagen der Märzrevolution die Herabsetzung des Zinskreuzers von zwei auf einen Kreuzer verfügt wurde.

Die Eruptionen der Pariser Februarrevolution und die italienische Revolutionsbewegung ließen auch die Öffentlichkeit in Graz nicht unberührt. Mancherorts waren bereits in den ersten Märztagen revolutionäre Flugblätter angeschlagen, die auf eine gewisse „Gereiztheit“ und Unruhe in der Stadtbevölkerung hinwiesen. Die finanzielle und politische Krise der alten Ordnung war unübersehbar geworden und durch Beschwichtigungsappelle nicht mehr zu kaschieren. Der steirische Landtag sollte, früher als geplant, bereits am 15. März in einer erweiterten Form zusammentreten, die die Partizipationsbestrebungen des Bürgertums berücksichtigen sollte. Bereits am Vortag befand sich die Stadt in heller Aufregung: von Bürgern und Studenten verfaßte Petitionen wurden dem Gouverneur Wickenburg überbracht, Versammlungen wurden abgehalten und vor der Universität und dem Theater wurden eifrig die Ereignisse in Wien, vor allem der Sturz Metternichs, diskutiert.

Zur ersten gewalttätigen Demonstration kam es in Graz, als während der Eröffnung des Landtages am Morgen des 15. März, ein „Haufen zweifelhaften Volkes, die Bewegung des Tages mißdeutend“,<sup>6</sup> von der Herrengasse zum Kloster Münzgraben zog, mit dem erklärten Ziel, die Jesuiten zu vertreiben. Dieser Überfall auf die „Erbschleicher und Spione im Beichtstuhl“ hatte nicht nur den Charakter einer politischen Symbolhandlung gegen ein besonders verhaßtes Element des Metternich'schen Systems, sondern auch soziale Hintergründe. Die Jesuiten konnten im Vormärz mit der besonderen Unterstützung des Fürstbischofs von Graz-Seckau, Roman Zängerle, rechnen, der wegen seiner Unerbittlichkeit und sozialen Härte allgemein unbeliebt war. Besonders im Hungerjahr 1847 waren die von ihm unterstützten Klöster des öfteren der Preistreiberei und des Kornwuchers beschuldigt worden. Nun erhoffte die vom Volkszorn erfaßte Menge, im Klostergarten einen Teil des angehäuften Vermögens zu finden. Diese Hoffnung wurde nicht erfüllt, dennoch mußten die Jesuiten Graz noch im März verlassen.

Dieser Vorfall war nicht gerade geeignet, das Vertrauen der Behörden in die Selbstorganisation der neuen bürgerlichen Freiheiten zu stärken. Besonders

<sup>2</sup> Vgl. Julius Marx, Die wirtschaftlichen Ursachen der Revolution von 1848 in Österreich. Graz - Köln 1965; Robert Baravalle, Preise und Löhne in Graz im 19. Jahrhundert (1820-1914), in: ZHVSt 57, Graz 1966, S. 89-125.

<sup>3</sup> Brief der Bäcker-Innung an Bürgermeister Hüthenbrenner vom 28. 3. 1847, zit. nach Baravalle, Preise und Löhne, S. 107.

<sup>4</sup> Die Grenzboten, 1848, Heft 15, S. 55.

<sup>5</sup> Zit. nach Ferdinand Gatti, Die Ereignisse des Jahres 1848 in der Steiermark. Graz 1850, S. 5.

<sup>6</sup> Grätzer Zeitung 43, 16. 3. 1848.

ängstlich war vor allem Gouverneur Wickenburg bestrebt, jeden Anlaß, der die allgemeine Ruhe und Ordnung gefährden hätte können, zu vermeiden. So wurde auch der Forderung nach Volksbewaffnung nachgegeben und jeder konnte, der wollte und „des allgemeinen Vertrauens würdig“ war, eine Waffe aus dem Zeughaus erhalten. Im Zuge dieser Waffenausgabe gelang es nun auch „Lehrjungen und solchen Individuen, die niemand ohne Befürchtung für die öffentliche Sicherheit bewaffnet wünschen konnte“,<sup>7</sup> in den Besitz einer Hieb- oder Stichwaffe zu kommen. Nach Polizeiberichten konnte man in der Nacht „des öfteren zahlreichen bewaffneten Proletariern“ begegnen, die sich weigerten, die Waffen abzulegen oder sich der Bürgerwehr anzuschließen.

Obwohl seitens der Behörden zur Sicherung des sozialen Friedens einige Zugeständnisse gemacht wurden und die Versorgungslage sich in Graz eher günstig zu entwickeln begann, traten am 3. und 4. April die sozialen Konfliktlinien erstmals in einer spontanen, direkten Aktion offen zu Tage. Der sogenannte „Bäckerkrawall“ ging von einer politischen Demonstration der Studenten gegen das provisorische Preßgesetz aus und nahm eine unerwartete dynamische Entwicklung, als am Abend sich auch Arbeiter, Gesellen, Tagelöhner und Lehrlinge den Aktionen anschlossen und ihrerseits begannen, lauthals ihren Unmut über die Verzehrungssteuer und die Höhe der Brot- und Fleischpreise zu äußern, die ihrer Auffassung nach nicht in dem Maße gesenkt worden wären wie die seit längerer Zeit gesunkenen Getreide- und Viehpreise. Um ihren Forderungen nach Preissenkung Nachdruck zu verleihen, schien ihnen die „Ertheilung einer tüchtigen Lection bei den nimmersatten Bäckern und Fleischhauern“ angebracht.<sup>8</sup> Ein „wildes, eigenthümliches Pfeifen“ gab das Signal für den Angriff auf die Bäckerläden, vorerst in der Sporgasse, der Sackstrasse und später vor allem in der Murvorstadt. Überall wurden die Fenster der Geschäfte mit Steinwürfen zertrümmert, aber nur selten kamen Plünderungen vor. Zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den aufgebrauchten Arbeitern und der Nationalgarde bzw. der Stadtwache kam es, als die Menge gegen das Rathaus stürmte. In letzter Minute konnte das Schlimmste dadurch verhindert werden, daß gegen Mitternacht bekanntgegeben wurde, die Bäcker hätten sich bereit erklärt, noch in dieser Nacht das Brot besser und schwerer auszubacken. In der Chronik der Bäckerinnung heißt es dazu lapidar: „In den Wirren des Jahres 1848 mußte dem aufgeregten Gesindel zur Beschwichtigung manches Opfer gebracht werden.“<sup>9</sup>

Nachdem die nächtlichen Aktionen gegen die Bäcker offensichtlich zum Ziel geführt hatten, sollte am nächsten Tag die Rücknahme des eben erhöhten Fleischpreises durch ähnliche Angriffe auf die Fleischer erzwungen werden. Da die Fleischer vorgewarnt waren und ihr Viertel mit Beilen, Messern und Hunden bewehrt abriegelten, wandte sich die Menge dem Bahnhof zu. Ziel des Volkszorns war das Mauthaus an der Eggenberger-Allee, das als Symbol für die Verzehrungssteuer in kürzester Zeit erstürmt und angezündet wurde. Daraufhin machte sich „der Pöbel in wildem Jauchzen auf das Linienamt Steinfeld, um trotz der dort aufgebotenen bewaffneten Macht Feuerbrände in das Verzehrungssteueramt zu schleudern“.<sup>10</sup> Gleichzeitig wurde auch eine Brandlegung in der Könighofer'schen Brauerei versucht. Nur der massive

Einsatz von Kavallerie, Nationalgarde und Studenten-Freicorps konnte weitere Exzesse verhindern. Der Erfolg war auch nach diesen Tumulten gegeben: Die Fleischer nahmen die Preiserhöhung zurück, die Bierbrauer wollten das Bier künftighin auch billiger abgeben und die Verzehrungssteuer wurde für einige Güter herabgesetzt oder abgeschafft.

Der in der Revolution aufgebrochene soziale Konflikt ist auf bestimmte Werthaltungen, Wahrnehmungs- und Verhaltensnormen sowie auf relativ klare kulturelle Normensysteme zurückzuführen, die einer spezifischen sozialen Logik gehorchten. Es wäre verfehlt, einer ökonomistischen Sicht zu erliegen und diese sozialen Protestformen allein auf Konflikte um billige Nahrungsmittel zu reduzieren. Trotzdem war die Versorgung mit erschwinglichen Nahrungsmitteln vor allem für städtische Unterschichten seit 1846/1847 zur grundlegenden Existenzfrage geworden. Bei den „Brotunruhen“ und „Bäckerkrawallen“ stand für die unteren Schichten das vormarktwirtschaftliche „Nahrungsprinzip“ auf dem Spiel, womit die gemeinschaftlichen Versorgungspflichten von Obrigkeit und Kommunen angesprochen wurden. Die Bäcker wurden als „Diener der Gemeinschaft“ verstanden, die nicht gewinnorientiert, sondern für ein faires Entgelt arbeiten sollten. Die unsichtbaren und kaum nachzuvollziehenden Marktmechanismen konnten nicht als Verursacher eines hohen Kornpreises erkannt werden, sondern allein Müller und Bäcker, die gezwungen werden sollten, einen „gerechten“ Preis für ihre Produkte zu veranschlagen. Dieser sozialen Logik gehorchend, waren auch bestimmte Formen von Abgaben oder Steuern wiederholter Anlaß für Unmutsäußerungen und Unruhen. Auffallend ist jedoch, daß kaum Lohnforderungen gestellt wurden. In den 1840er Jahren betrug der durchschnittliche Tagelohn für unqualifizierte Arbeit 20 bis 30 Kreuzer K. M., während ein Laib der billigen Brotsorte 4 Kreuzer kostete.

Die hier geschilderten Unruhen und Aktionen gegen Bäcker und Steuerämter konnten durchaus erfolgreich sein und zu substanziellen Änderungen führen. Dabei ging es nicht nur um das kurzfristige „Bauchvollschlagen“, sondern um Preisfestsetzung. Diese Orientierung auf ein Konzept der „moralischen Ökonomie“ bildete auch eine der Begründungslinien, weshalb Plünderungen im Revolutionsjahr relativ selten, Aktionen gegenüber Bäckern und Läden unter Wahrung der Eigentumsrechte aber relativ häufig vorgekommen waren. Dennoch reagierte die Obrigkeit auf diese Formen des sozialen Protests mit Unverständnis, Unvermögen und mit zunehmend unverhältnismäßiger Gewalt. Die sich auf diese Art artikulierenden Unterschichten wurden als „Rotten von Mordbrennern“ abqualifiziert, die im „Schlamme tiefer Verwahrlosung aufgewachsen, jedes besseren Gefühls unfähig nur in blinder Vernichtungssucht und in wilder Raufgier das Ziel ihres Daseins erblicken“.<sup>11</sup> Bereits am 5. April ließ der Gouverneur verlautbaren, daß im Falle einer Wiederholung „ähnlicher Exzesse“ das Standrecht verhängt werden würde; „zahlreiche Zusammenrottungen“ waren ab nun verboten, für Gesellen und Lehrlinge wurde ein nächtliches Ausgehverbot erlassen, gleichzeitig stellte der Gouverneur an das General-Kommando das Ersuchen, die Nationalgarde beim Vorgehen gegen das „böse Gesindel“ zu unterstützen.<sup>12</sup> Die „wahrhaft Armen und Arbeitsunfähigen“ sollten weiterhin in den Genuß der Armenfürsorge und der bürgerlichen Philanthropie kommen. Als eindeutige Geste in diese

<sup>7</sup> Gatti, Ereignisse 1848, S. 27.

<sup>8</sup> Zu den Ereignissen vgl. Gatti, S. 77 f., und die Berichte in der Grätzer Zeitung vom 4. und 5. April.

<sup>9</sup> Meisterbuch der Bäcker-Innung, StLA, Archiv Graz, Zünfte, Schuber 23, H. 102c.

<sup>10</sup> Bericht an das Innenministerium über die „stürmischen Vorfälle der Nacht vom 4. auf den 5. April“, StLA, Präs.-Akten, Nr. 983.

<sup>11</sup> Aufruf des Gouverneurs Wickenburg an die Bewohner von Graz am 10. 4. 1848, zit. nach Grätzer Zeitung 58. 11. 4. 1848.

<sup>12</sup> StLA, Präs.-Akten, Nr. 996 und Nr. 979.

Richtung ist der bereits am 8. April veranstaltete Wohltätigkeitsabend für die Grazer Stadtdamen zu werten.

Die innere Ruhe der Stadt hielt allerdings nicht lange an. Bereits drei Monate nach den ersten sozialen Unruhen kam es erneut zu Tumulten, die das Ziel der Preissenkung bzw. der Verbesserung der Qualität des Brotes verfolgten. Die Initialzündung ging diesmal von einer Demonstration aufgebracht Bürger gegen die „Zumutungen“ der Einquartierung und Verköstigung der für den Krieg in Italien ausgehobenen Truppen und gegen die vorgeblich neuerlichen Assentierungsvorbereitungen aus. Am 3. Juli forderte eine „Sturmpetition“ vor dem Rathaus die Rücknahme der diesbezüglichen Maßnahmen und den Rücktritt des verantwortlichen Beamten.<sup>13</sup> Noch während der Volksmenge auf die Erfüllung der Forderungen wartete, wurde mehrmals der Ruf nach Brotpreissenkung laut. Als tatsächlich alle Forderungen der Bürger durchgesetzt waren, sollte nun auch der Magistrat für die Herabsetzung der Brotpreise sorgen. Da die Menge sich nicht mit leeren Versprechungen zufrieden gab, wurde der zuständige Magistratsrat „in Begleitung von mehreren tausend Personen“ zum Obervorsteher der Bäckerinnung gebracht, um diesem coram publico die verbindliche Zusage abzunehmen, ab dem nächsten Tag das billige Brot über den Satzungen, also schwerer, auszubacken. Der Obervorsteher hatte jedoch nicht die Möglichkeit, sich mit seinen Meisterkollegen über die eingegangene Verpflichtung abzusprechen, woraufhin es für die an dem „Volksauflauf“ Beteiligten eine besondere Genugtuung war, unter lautem Gejohle und Pfeifen von Bäcker zu Bäcker zu ziehen, um jedem einzelnen diese Abmachung mitzuteilen.

Die Stimmung war durch die Vorgänge am Hauptwacheplatz und die beschriebene Aktion für Brotpreissenkung aufgeheizt, was sich in den darauffolgenden Tagen durch eine außergewöhnliche Häufung von „Katzenmusik-Serenaden“, deren Opfer meist höhere Offiziere und Beamte oder Bäcker waren, ausdrückte. Die verschiedenen Formen der Katzenmusik gelten als prägendes Sinnbild für die Unruhe der Revolutionszeit. Diese ritualisierten Formen der Mißbilligung und Feindseligkeit gegenüber einzelnen Repräsentanten der Gesellschaft, die gegen bestimmte Normen verstießen, erfuhren im „tollen“ Jahr ihren Höhepunkt. Die Katzenmusik bestand im Kern aus einer öffentlichen Schmähung, die lautstark durch Johlen, Pfeifen, Töpfeschlagen und anderes Lärmen begleitet wurde. Diese aus der traditionellen Volkskultur stammenden, in den städtischen Revolutionszentren meist politisch instrumentalisierten symbolischen Strafaktionen richteten sich vorwiegend gegen lokale politische Autoritäten, hartherzige Ärzte und Richter, reaktionäre Lehrer und Pfarrer, geizige Bäcker, Fleischer und Krämer. Offenbar waren diese expressiven und buntschillernden Formen des politischen Straßentheaters eine naheliegende und angemessene Handlungsform der unteren Schichten, die ihren soziokulturellen Voraussetzungen entsprach und ihnen erlaubte, als handelnde Subjekte in Erscheinung zu treten und ihre politischen Antipathien zu artikulieren. Spektakulär in ihrer Erscheinungsform erweckten sie in hohem Maße die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, dabei konnten sie sich in die politische Konjunktur einpassen oder ihr auch zuwiderlaufen.

Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in Graz war nach wie vor auf die

<sup>13</sup> Über die Hintergründe vgl. Gerhard Pfeisinger, Die Revolution von 1848 in Graz, Wien 1986, S. 154 ff.

Brotpreise gerichtet, zumal es sich herausstellen sollte, daß sich nicht alle Bäcker an die Abmachungen des 3. Juli hielten. In den Vorstädten kam es am 5. Juli zu einigen gewalttätigen Ausschreitungen gegen einige Bäcker im Münzgraben und zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Nationalgarde und dem zu Hilfe gerufenen Militär. Als die Exekutive daran ging, den Exzessen in der Murvorstadt Einhalt zu gebieten, wurde ihr der Zugang über die Kettenbrücke mit Steinwürfen verwehrt. Die Straßenschlacht mit der Nationalgarde dauerte bis spät in die Nacht.<sup>14</sup> Durch die ersten „Angriffe auf das Eigentum“ am Vortag sah sich der Gouverneur veranlaßt, am 6. Juli den Ausnahmezustand zu verhängen: Jeder, der sich an Zusammenrottungen beteiligte, mache sich des „Verbrechens des Aufstandes und Aufruhrs schuldig“, und die Meister wären dafür verantwortlich, „daß ihre Gesellen und Lehrlinge nach eingetretener Dämmerung ihre Wohnungen nicht aus Zwecken der Neugierde verlassen“.<sup>15</sup>

Nachdem die Überprüfung der Qualität und des Gewichts der Backwaren gewährleistet war und die freie Einfuhr und der freie Verkauf von Brot nicht nur an Wochenmarkttagen gestattet war, schien sich nicht nur die Stimmung, sondern auch die Versorgungslage deutlich gebessert zu haben. Der Sommer verlief in Graz ohne Tumulte oder andere öffentliche Aktionen. Erst gegen Ende August und besonders im September gab es deutliche Anzeichen dafür, daß die politischen Spannungen aufgrund der Eskalierung des ungarisch-kroatischen Konflikts zunahmen. Die Tätigkeit der verschiedenen Vereine, vor allem des im Juli gegründeten Demokratischen Vereins, bestimmten den politischen Diskurs in Graz. Nach dem Wiener Vorbild wurde auch in Graz ein „Arbeiter-Verein“ ins Leben gerufen, der jedoch keine nennenswerten Aktivitäten entfaltete.<sup>16</sup>

Mit dem Bekanntwerden der Vorgänge, die zur Wiener Oktoberrevolution führten, begann in Graz ab dem 7. Oktober die zweifellos dynamischste und aktivste Phase der Revolution: Die Stadt befand sich innerhalb weniger Stunden in stürmischer Bewegung. Die Alarmtrommel wurde gerührt, die Aula und der Demokratische Verein erklärten sich für permanent und für 12 Uhr wurde eine Volksversammlung einberufen. Der Demokratische Verein ergriff nun die Initiative. Verstärkt durch Mitglieder des Arbeiter- und Bürgervereins arbeitete er an einem Aufruf an die Landbevölkerung, in dem diese aufgefordert wurde, nach Wien zu ziehen, um „die gute Sache zu einem glücklichen Ende zu bringen“. Wien war nach ihrer Meinung das Zentrum, wo die Entscheidung über das Schicksal der Revolution fiel. Sofort wurde eine Deputation zum Gouverneur geschickt, die von diesem die Ermächtigung zur Aufbietung des Landsturms forderte. Wickenburg aber hatte alle Hände voll zu tun, beschwichtigende Kundmachungen ergehen zu lassen, und dachte gar nicht daran, ein Landsturmaufgebot zu befürworten. Kurz darauf begaben sich einige Mitglieder des Demokratischen Vereins, mittlerweile überzeugt davon, auch ohne behördliche Genehmigung etwas erreichen zu können, auf die Straße und zogen Richtung Bahnhof, in der Absicht, möglichst viele Kampfschlossene für die Wiener Revolution zu gewinnen und noch am selben Abend mit dem Zug nach Wien abzufahren.<sup>17</sup> Am Abend des 10. Oktober wußte man in Graz über den Ernst der Lage in und um Wien Bescheid. Der

<sup>14</sup> Bericht des Landespräsidiums an das Innenministerium, StLA, Präs.-Akten, Nr. 2590.

<sup>15</sup> Kundmachung, 6. 7. 1848, StLA, Akten des Landespräsidiums.

<sup>16</sup> Zu den Vereinen vgl. Pfeisinger, 1848 in Graz, S. 176 ff.

<sup>17</sup> Über die Vorgänge genauer ebenda, S. 212 ff.

Demokratische Verein reagierte auf die drohende Niederschlagung der Revolution in Wien durch die Truppen des kroatischen Banus Jellačić mit der Forderung nach einem Landsturmaufgebot.

Nach einer kurzen Beratung in den frühen Morgenstunden des 11. Oktober drangen einige bewaffnete Mitglieder des Demokratischen Vereins in die Burg ein, um den Gouverneur aufzufordern, unverzüglich den Landsturm aufzubieten. Im Falle einer Weigerung drohten sie damit, ihn aufzuhängen. Die Bemühungen Wickenburgs, sie von ihrem Vorhaben abzubringen, waren fruchtlos. Ohne eine definitive Antwort des Gouverneurs abzuwarten, gingen andere daran, überall Plakate mit folgendem Inhalt anzuschlagen: *„Jellachich steht vor den Mauern Wiens! Von allen Thürmen der Residenz erdröhnt das Sturmgeläute der bedrohten Freiheit... Darum auf zu den Waffen! Die Behörde ist hieron in Kenntniß, für Munition und Verpflegung wird gesorgt, die Eisenbahn steht uns zu Gebote, ein allgemeiner Landsturm ist in der Organisation begriffen. Mehrere hundert Männer haben sich schon zum Kampfe bereit erklärt; Schmach und Verachtung dem Säumigen.“*<sup>18</sup> Unter den gegebenen Umständen mußte der Gouverneur einlenken und ließ durch Kanonenschüsse und Glockenläuten den Bewohnern der Stadt „die Bedrängnis Wiens“ bekannt geben. In Graz begann am 11. Oktober um 11 Uhr die Nationalgarde mit der Verteilung von Feuerwaffen aus dem k. k. Zeughaus. Sie wurden an jeden, der sich bereit erklärte, nach Wien zu ziehen, ohne Namensnennung oder Quittung, abgegeben. In einem Bericht an das Landespräsidium meldete der Oberkommandierende der Nationalgarde, daß er „laut Anweisung Wickenburgs aus dem hiesigen k. k. Zeughaus 614 Stück Gewehre für die zu bewaffnenden Arbeiter gefaßt (habe), welche auch von Seite des demokratischen Vereins an dieselben ausgegeben wurden“.<sup>19</sup>

Gleich nach einer telegraphischen Aufforderung des Ministers Kraus, wonach eine „Unterstützung von Garden erwünscht“ sei, sind mit einem Sonderzug etwa 200 „Gesellen und Arbeiter“ nach Wien abgefahren. Dieses Hilfskontingent, wie auch noch andere der etwa 600 Mann starken Hilfstruppe, die von Graz aus zur Unterstützung der Revolution nach Wien ziehen wollte, sind nur zu einem geringen Teil nach Wien gekommen. Die meisten scheiterten an dem von kaiserlichen Truppen um die Stadt gelegten Zernierungsring oder wurden bereits in Mürzzuschlag oder Schottwien nicht mehr weitertransportiert. Die Bereitschaft der Arbeiter, der Wiener Revolution „zur Hilfe zu eilen“, war durchaus bemerkenswert und weist auf ein gewisses Maß an politischer Bewußtseinsbildung oder zumindest Mobilisierungsbereitschaft der unteren Schichten hin. Zugleich muß aber betont werden, daß die in der Revolution aufgebrochene „Neigung zur Widersetzlichkeit“ sich vor allem an vorindustriellen sozialen Protestformen orientierte und daß die spontanen Aktionen - von Wien als Metropole der Revolution einmal abgesehen - äußerst selten zu Vorformen der politischen Organisation der Gesamtheit der Lohnabhängigen führten. Zu stark wirkten die traditionellen Bindungen der Zunftorganisation, zu tief war das Mißtrauen gegenüber den „Proletariern der Fabriken“ und den „Tagelöhnern“ verwurzelt und allzu leichtfertig war die herrschende Elite bereit, die Versuche der unteren Schichten, ihren sozialen Forderungen zur Verbesserung der Lebenschancen öffentliche Aufmerksamkeit zuteil werden zu lassen, als „wütende Raserei des Gesindels“ abzuqualifizieren.

<sup>18</sup> „Aufruf!“, Demokratischer Verein, StLA, Slg. 1848, Nr. 679.

<sup>19</sup> StLA, Präs.-Akten, Nr. 5164.